Karin Priester

Die Alternative für Deutschland

I. Einführung

Zur Kennzeichnung populistischer Parteien habe ich, in Anlehnung an Paul Taggart, das Bild vom Chamäleon benutzt.[1] Populistische Parteien können auf der Ebene der *policies* die Farbe wechseln und je nach Großwetterlage wirtschaftsliberal, sozialstaatlich oder protektionistisch auftreten. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist noch so volatil, dass auch die Urteile über sie chamäleonhafte Züge annehmen: Der ARD-Journalist Jens Wiening sah sie „auf dem Weg zur sozialistischen Partei";[2] der CDU-Politiker Friedrich Merz hielt sie dagegen für „offen nationalsozialistisch".[3]

Es gehört zur ideologischen Grundausstattung eines jeden Populismus, dass er zwischen oben und unten, zwischen den Eliten und dem Volk, polarisiert und als Anwalt des Volks, des gemeinen Manns auftritt. Erst in einer zweiten Phase verlagert er die Polarisierung von innen nach außen – auf äußere Bedrohungen, sei es durch Flüchtlinge, Asylbewerber, Muslime oder „vaterlandslose" Global Player. Der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke, derzeit der Exponent des nationalkonservativen Flügels, machte dies am 28. April 2016 auf einer Demonstration in Schweinfurt deutlich: „Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen."[4]

II. Fehlurteile über Populismus

Vorab gilt es, Missverständnissen über Populismus entgegenzutreten. Es ist müßig, das Wesen von Populismus bestimmen zu wollen. Populismus ist immer kontextgebunden und entwickelt sich prozessual in Relation zur Politik der etablierten Parteien. In dem Maße, wie sich der Kontext ändert, zeigt er unterschiedliche Facetten und nimmt unterschiedliche Kolorierungen an. Für ebenso unfruchtbar halte ich die sozialstrukturelle Debatte über das Wählerpotenzial. Neigen vorrangig die „abgehängten" Modernisierungsverlierer zu populistischen Protestparteien oder ist es nicht eher die gesellschaftliche „Mitte"? Für Westeuropa ist gut

[1] Vgl. Paul Taggart, Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, in: Journal of Political Ideologies 9 (2004), S. 269–288.

[2] ARD-Morgenmagazin vom 28.6.2018; www.tagesschau.de/inland/afd-487.html [5.4.2019].

[3] Der Spiegel vom 12.11.2018: „Kandidat für CDU-Vorsitz Merz nennt AfD ‚offen nationalsozialistisch'"; www.spiegel.de/politik/Deutschland/friedrich-merz-nennt-afd-offen-nationalsozialistisch-a-1237955.html [25.11.2018].

[4] Facebook-Beitrag von Björn Höcke am 1.5.2016; www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238 [25.11.2018].

VfZ 67 (2019) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0027

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

belegt, dass das untere Drittel der Gesellschaft am stärksten zu populistischem Protest neigt.[5] Wie sich jüngst erst wieder bei den landesweiten Protesten der *gilets jaunes* in Frankreich zeigt, handelt es sich vorwiegend um absteigende, geografisch marginalisierte, von Statusverlust bedrohte, relativ deprivierte mittlere Schichten, die sich nicht von ungefähr von den „cas soc", den staatlich alimentierten Sozialfällen, abgrenzen.[6] Wenig weiterführend ist auch die Debatte darüber, ob ökonomisch-materielle Ursachen (Prekarität, Arbeitslosigkeit, unterschiedliche Wohlfahrtsregime) oder nicht eher kulturelle, identitätspolitische Gründe ausschlaggebend für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien seien. In der Absage an einen ökonomischen oder kulturellen Determinismus sind sich Marxisten und ihre schärfsten Gegner wie Vilfredo Pareto einig. Beide gehen vielmehr von einer Wechselwirkung, einer *mutuelle dépendance* oder Interdependenz aus.[7]

Versuche, Populismus definitorisch einzukreisen, bergen die Gefahr in sich, disjunktiv vorzugehen statt in Syndromen oder Bündel-Phänomenen zu denken. Ist Populismus eine, wenn auch dünne Ideologie,[8] eine polarisierende politische Logik oder eher eine stilistisch-rhetorisch von anderen Bewegungen oder Parteien abgrenzbare Mobilisierungsstrategie? Am ehesten lässt sich Populismus als „dünne Ideologie" definieren, die mit den drei Hochideologien (Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus) Verbindungen eingehen kann und als nationalkonservativer, nationalliberaler oder sozial-patriotischer Populismus auftritt. Populismus kann sich aber nicht mit jeder Ideologie gemein machen, lehnt er doch philosophisch den Universalismus und politisch den Internationalismus ab. Seine hervorstehendsten Merkmale sind der Anti-Elitismus und die Verteidigung des Eigenen, seien es das „Heartland",[9] die Region, die Nation oder das Volk. Anti-Elitismus manifestiert sich als Anti-Establishment-Protest. Gegen eine politische Elite, deren Mitglieder sich nur noch graduell voneinander unterscheiden und sich für alternativlos halten, opponiert eine von außen gegen dieses „Kartell" antretende Gegenelite und beruft sich dabei auf das Volk. Ein Klassiker der Soziolo-

[5] Vgl. Hanspeter Kriesi/Takis S. Pappas (Hrsg.), European Populism in the Shadow of the Great Recession, Colchester 2015.

[6] Vgl. das Interview von Ugo Palheta mit dem Soziologen Benoît Coquard, in: Contretemps. Revue de critique communiste vom 23.11.2018: „Qui sont et que veulent les ‚gilets jaunes'? Entretien avec Benoît Coquard"; www.contretemps.eu/sociologie-gilets-jaunes/ [5.4.2019].

[7] Dazu der berühmte Brief von Friedrich Engels an Joseph Bloch vom 21.9.1890, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 37, Berlin (Ost) 1974, S. 462–465, hier S. 463. Darin heißt es: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. [...] Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase"; Hervorhebungen der Autorin. Zu Pareto vgl. Maurizio Bach, Jenseits des rationalen Handelns. Zur Soziologie Vilfredo Paretos, Wiesbaden 2004, S. 109.

[8] Vgl. Michael Freeden, Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach, Oxford 1998. Auch Ben Stanley, The Thin Ideology of Populism, in: Journal of Political Ideologies 13 (2008), S. 95–110.

[9] Zum Begriff „Heartland" vgl. Taggart, Populism.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gie, Vilfredo Pareto, widersprach der Annahme, dass sich Volk und Eliten gegenüberstünden: „Es ist eine Illusion, zu glauben, daß der herrschenden Klasse [...] das Volk gegenübersteht; ihr gegenüber steht, und das ist etwas ganz anderes, eine neue, zukünftige Aristokratie, die sich auf das Volk stützt."[10]

Der Philosophiedozent und AfD-Politiker Marc Jongen bestätigte diese Sicht in einem Interview mit der neurechten französischen Zeitschrift *Éléments*: „Wir sind diejenigen, die sich für die Belange des Volkes einsetzen – gegen die Technokraten und Postdemokraten in den Altparteien." Er sei aber gegen ein generelles Ressentiment gegen „die da oben". Eliten seien nicht per se etwas Schlechtes. „[Das] sind sie nur dann, wenn sie parasitär werden und gegen das eigene Volk arbeiten. Sie müssen dann durch nichtkorrupte Eliten ersetzt werden, die ihr Ohr und Herz beim Volk haben."[11]

III. Zum Hintergrund

Im Spektrum des europäischen Populismus ist die 2013 gegründete AfD ein Spätzünder. Während sich in anderen westeuropäischen Ländern schon seit den 1970er Jahren Parteien formierten, die sich nicht mehr ohne weiteres als rechtsextrem klassifizieren ließen, galt Deutschland lange Zeit als Ausnahme. Kleine Ein-Punkt-Parteien gegen den Euro scheiterten; der rechtsextreme Rand mit NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und DVU (Deutsche Volksunion) blieb marginalisiert. Die Gründe wurden in der besonderen Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte gesehen, in der demokratisch gefestigten politischen Kultur des Lands, nicht zuletzt auch in der Existenz von zwei großen, relativ stabilen Volksparteien und ihrer grundsätzlichen Ausrichtung auf den Wohlfahrtskonsens nach 1945.

Erste Risse zeigten sich im politischen Stabilitätsanker Deutschland in den 1990er Jahren, als die SPD einen Modernisierungskurs einschlug. Als Vorbild galt der vom britischen Premierminister Tony Blair (*Labour*-Partei) und dem Soziologen Anthony Giddens vertretene *Third Way*, der auf der Annahme basierte, dass eine an Klassentrennungen orientierte Unterscheidung zwischen rechts und links obsolet sei. Der neue Dritte Weg sollte sich sowohl vom keynesianischen Interventions- und Wohlfahrtsstaat der klassischen Sozialdemokratie als auch von der ordoliberalen sozialen Marktwirtschaft und ihrem Subsidiaritätsprinzip unterscheiden. *New Labour* propagierte den Umbau des Staats und die funktionale Neubestimmung seiner Aufgaben als *social investment state*, der in das Soziale (Bildung, Umschulung, soziale Dienste) investiert. Im Unterschied zum keynesianischen Planungsstaat ist der *investment state* aber kein ökonomisch intervenierender, son-

[10] Vilfredo Pareto, Eine Anwendungsform soziologischer Theorien, in: Ders., Ausgewählte Schriften, hrsg. von Carlo Mongardini, Wiesbaden 2007, S. 73–125, hier S. 108.

[11] Sezession vom 7.6.2017: „‚Repolitisierung der Debatte'. Marc Jongen im Gespräch"; www.sezession.de/57282/repolitisierung-der-debatte-marc-jongen-im-gesprach/2 [18.11.2018]. Das Originalinterview von Alain de Benoist mit Marc Jongen ist erschienen in „Éléments" vom 9.5.2017.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dern nur ein investierender Staat, der die Umsetzung seiner Vorhaben der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft oder *public-private partnerships* überträgt.

Viele sozialdemokratische Politiker schlossen sich dieser Ausrichtung auf die „neue Mitte" an, in Deutschland nicht zuletzt Gerhard Schröder, der Bundeskanzler zwischen 1998 und 2005. Die Kernklientel der SPD liege nicht mehr bei den Industriearbeitern oder den Unterschichten, deren Existenz sogar negiert wurde, sondern in der Mitte der Gesellschaft unter Einschluss qualifizierter Facharbeiter. Nur durch Konzentration auf gut ausgebildete, urbane Leistungsträger in der „neuen Mitte" ließen sich Wahlen gewinnen. Ab etwa 2000 verlor diese Strategie aber an Überzeugungskraft, als sich zeigte, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderging und auch Teile der Mittelschichten unter Druck gerieten.[12]

Ausgelöst von einer Immobilienpreisblase in den USA kam es 2008/09 zu einer weltweiten Rezession mit einer Finanz- und Bankenkrise, gefolgt von einer Staatsschuldenkrise vor allem in Griechenland. Die Bankenrettung zu Lasten der Steuerzahler zeigte die Gefahren fehlender staatlicher Regulierung und einer zu lockeren Geldpolitik. Überdies nährte die *Bailout*-Politik der Europäischen Union (EU) bei ihren Kritikern die Befürchtung, die EU könne sich zu einer Transferunion entwickeln.[13] Statt eines gemeinsamen Markts souveräner Einzelstaaten könne es zu einem europäischen Bundesstaat und zur weiteren Erosion nationalstaatlicher Souveränität kommen.[14]

Diese Finanzmarkt- und Bankenkrise ist aber keineswegs überwunden, auch wenn die Banken durch Liquiditätspuffer, höheres Eigenkapital und mehr Aufsicht besser kontrolliert werden. Die Furcht vor neuen Turbulenzen auf den Finanzmärkten wurde durch die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 noch verstärkt und löste bei vielen Menschen grundlegende Verunsicherung aus. An die Stelle von Zukunftsgewissheit traten Zukunftsangst, Statusunsicherheit und das Gefühl, zu den Globalisierungsverlierern zu gehören. In Deutschland kommt hinzu, dass die östlichen Landesteile nach der Vereinigung nicht überall jenen „blühenden Landschaften" glichen, die Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) 1990 versprochen hatte. Ein Blick auf die Wählergeografie zeigt, dass deindustrialisierte, von raschem gesellschaftlichem Wandel „abgehängte" Gebiete in besonderem Maße zu populistischem Protest neigen.[15]

[12] Vgl. Christoph Burkhardt u. a., Mittelschicht unter Druck?, hrsg. von der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013.

[13] Es handelt sich um die sogenannte Nichtbeistands-Klausel der europäischen Verträge, zuletzt dem Vertrag von Lissabon von 2009, Art. 125.

[14] Der jüngste Schritt in die Richtung eines Bundesstaats geht vom französischen Finanzminister Bruno Le Maire aus, der meines Wissens erstmalig von einem „europäischen Reich" spricht; vgl. Bruno Le Maire, Le Nouvel Empire. L'Europe du vingt et unième siècle, Paris 2019; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 3.4.2019: „Frankreich wünscht sich ein ‚europäisches Reich'".

[15] Abgesehen vom „Rust Belt" in den USA zieht sich in Europa ein breiter Gürtel von Nord- und Ostengland über das nordfranzösische Département Pas-de-Calais, eine Hochburg des „Front National" (seit 2018 „Rassemblement National") und das Ruhrgebiet mit hohem AfD-Stimmenanteil in Städten wie Duisburg oder Gelsenkirchen bis in den Süden Sachsen-

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Seit dem Scheitern der Strategie des Dritten Wegs geht von der SPD kein Impetus zu gesellschaftlichem Fortschritt mehr aus. Sie werde nur noch „als eine Art Krankenwagen der Gesellschaft erlebt", beklagte der SPD-Politiker Peer Steinbrück.[16] 2005 gelangte Angela Merkel (CDU) ins Kanzleramt. Abgesehen von einer schwarz-gelben Koalition zwischen 2009 und 2013 beruht ihre Kanzlerschaft ausschließlich auf großen Koalitionen mit der SPD. Große Koalitionen über längere Zeiträume gelten als Gift für die Demokratie, weil sie dem Eindruck von Alternativlosigkeit und Absprachen-Politik Nahrung geben und das Bild von der politischen Elite als abgeschottete Kaste verstärken. Österreich mit seinen jahrzehntelangen großen Koalitionen ist hier exemplarisch. Sie haben in hohem Maße den Aufstieg der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) begünstigt, die inzwischen sogar zum Koalitionspartner einer konservativen Regierung aufgestiegen ist.

Viele Konservative fühlten sich in Merkels CDU nicht mehr heimisch, darunter auch der langjährige CDU-Politiker Alexander Gauland, heute Co-Vorsitzender der AfD. Mit der Abschaffung der Wehrpflicht und dem abrupten Ausstieg aus der Atomkraft nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, mit der Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, mit „Gesellschaftsexperimenten" im Erziehungsbereich und nicht zuletzt mit ihrer Haltung zur EU habe Merkel genuin konservative Positionen geräumt und ihre Partei „sozialdemokratisiert". Die Analyse der Bundestagswahl von 2017 zeigt, dass die AfD am stärksten von ehemaligen CDU-Wählern profitiert hat, aber auch von der großen Zahl der Nichtwähler, die sie mobilisieren konnte.[17] Nicht zuletzt waren die „Flüchtlingskrise" von 2015, der staatlich-administrative Kontrollverlust und die medienwirksam inszenierte „Willkommenskultur" Wasser auf die Mühlen der AfD, die sich in der Annahme eines Ausverkaufs deutscher Interessen und eines eklatanten Elitenversagens bestätigt fühlen konnte.

IV. Die AfD

In nur vier Jahren erlebte diese Partei einen kometenhaften Aufstieg. Seit 2017 ist sie mit 92 Abgeordneten im Bundestag und nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen von 2018 auch in allen Länderparlamenten vertreten. In ihrem Strategiepapier zur Bundestagswahl 2017 benannte sie fünf Zielgruppen: (a) Wähler aus allen sozialen Schichten, Altersgruppen und Teilen Deutschlands, die weitere Euro-Rettungspakete ablehnen, keinen europäischen Superstaat wollen und Vorrang für deutsche Interessen fordern. (b) Bürgerliche Wähler mit liberal-konser-

Anhalts. Auch in Peenemünde (Mecklenburg-Vorpommern) mit einem „abgewickelten" Militärstützpunkt und einer niedergehenden Werftindustrie profitierte die AfD in besonderem Maße.

[16] Süddeutsche Zeitung vom 31.10./1.11.2018: „‚Eine Zäsur, die viele Menschen verunsichert'. Interview von Cerstin Gammelin mit Peer Steinbrück".

[17] Vgl. Karin Priester, Die AfD als Konkurrenz für die SPD?, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018, S. 51–59.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

vativer Werteorientierung. Sie stehen „dem rot-grün dominierten Zeitgeist der Beliebigkeit und der Multikulti-Ideologie kritisch bis ablehnend gegenüber".[18] Zu dieser Zielgruppe gehören leistungsorientierte Arbeitnehmer, Mittelständler und Gewerbetreibende, Schüler und Studenten, die den „Altparteien" nicht mehr zutrauen, die Desiderate etwa in der Kriminalitätsbekämpfung oder im Bildungsbereich zu beheben. (c) Protestwähler, die sich gegen die Selbstbedienermentalität der „Altparteien" und die Political Correctness in den Medien wenden. (d) Nichtwähler, die sich von den „Altparteien" nicht mehr repräsentiert fühlen. (e) Bürger mit unterdurchschnittlichem Einkommen („kleine Leute") in „prekären Stadtteilen", die sich als Verlierer der Globalisierung fühlen und „sich dem dortigen Trend zur Ausnutzung von staatlichen Transferleistungen und zur Verwahrlosung entgegenstellen".[19]

Diese Zielgruppenbestimmung zeigt, dass neben durchaus bedeutsamen materiellen Motiven ein vermeintlich linker Zeitgeist Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus zur AfD treibt. Die Ablehnung der Rettungspolitik der EU steht neben der Kritik an den „1968ern", die für Wertewandel und Political Correctness verantwortlich gemacht werden.[20] Auf dem Stuttgarter AfD-Bundesparteitag 2016 polemisierte der Co-Vorsitzende Jörg Meuthen, das „bürgerliche Gesicht" der AfD, gegen das „moralisch verkommene links-rot-grün versiffte 68er Deutschland", wollte das aber nur als Spontanäußerung verstanden wissen und spezifizierte: „Die Befreiung von nationalsozialistischem Gedankengut ist ein Verdienst der 68er. Aber über die Jahrzehnte sind auch konservative Werte verloren gegangen. Das Land ist tief sozialdemokratisiert und frei von Patriotismus, den ich streng abtrenne von Nationalismus."[21]

V. Flügelkämpfe in der AfD

Nach dem Austritt der eurokritischen AfD-Gründer um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel hat sich die Partei deutlich nach rechts verschoben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich zwei Hauptströmungen unterscheiden: die Nationalliberalen und die Nationalkonservativen.[22]

[18] Alternative für Deutschland – Strategie 2017, S. 4; www.talk-republik.de/Rechtspopulismus/docs/03/AfD-Strategie-2017.pdf. [4.4.2019].

[19] Ebenda.

[20] Vgl. auch Karlheinz Weißmann, Kulturbruch '68. Die linke Revolte und ihre Folgen, Berlin 2018.

[21] Augsburger Allgemeine vom 14.7.2016: „Jörg Meuthen – der AfD-Chef und seine schwarzen Schafe"; www.augsburger-allgemeine.de/politik/Joerg-Meuthen-der-AfD-Chef-und-seine-schwarzen-Schafe-id38466787.html [22.11.2018].

[22] Zu den Phasen rechter Radikalisierung der AfD und ihrer Verortung zwischen Rechtspopulismus, Autoritarismus und völkischem Nationalismus vgl. Alexander Häusler, Die AfD. Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei, in: Bundeszentrale für politische Bildung – Dossier Rechtspopulismus, 25.6.2018; www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsaussenpartei [23.11.2018], und ders. (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Nationalliberalen: Nationalliberale vermeiden die Bezeichnung „liberal" und nennen sich „freiheitlich". So fordert etwa der AfD-Politiker Dimitrios Kisoudis eine Abkehr vom Sozialstaat hin zu einem Ordnungsstaat. Der Staat müsse sich wieder auf nationale Kernaufgaben wie Sicherheit, öffentliche Ordnung und den Schutz bürgerlicher Freiheiten konzentrieren. Heute sei er bis aufs Äußerste aufgebläht, durchdringe jede gesellschaftliche Sphäre, bevormunde den mündigen Bürger und führe ihn am Gängelband einer sanft-totalitären Fürsorge.[23] Ein Vorläufer dieser liberal-konservativen Staatskritik war in den 1960er Jahren der Publizist Rüdiger Altmann, der als geistiger Vater der „formierten Gesellschaft" unter Bundeskanzler Ludwig Erhard galt. Der um seine eigentlichen, das heißt hoheitlichen Aufgaben „entkernte Staat überlagert mit seinem Apparat immer weitere Bereiche der Gesellschaft. Er gleicht einem kastrierten Kater, der an Umfang zunimmt – was ihm fehlt, ist die Potenz."[24] Nationalliberale widersetzen sich dem modernen Interventionsstaat, der in Deutschland schon unter Bismarck begann. Heute richtet sich ihr Kampf gegen den umverteilenden Sozialstaat und eine „gängelnde", überbordende Bürokratie oder Technokratie sowie gegen die politische und mediale Bevormundung freier, mündiger Bürger. Zentral ist die Verteidigung der Freiheit des Westens gegenüber einem vermeintlich heraufziehenden Totalitarismus, der auch von Immigranten aus nicht-westlichen Kulturkreisen ausgehen könne. Einwanderung wird nicht aus biologisch-rassistischen, sondern aus kulturellen Gründen abgelehnt.[25] In den 1990er Jahren gehörte der Niederländer Pim Fortuyn zu den ersten, die ihre Islamophobie mit der Verteidigung der Werte des freiheitlichen Westens begründeten.[26]

Die Nationalkonservativen: Seinen Austritt aus der AfD 2015 erklärte der Parteigründer Bernd Lucke mit gravierenden Veränderungen. Es drängten Leute in die AfD, die sie zu einer „Protest- und Wutbürgerpartei" umgestalten wollten. Nicht nur islamfeindliche Ansichten nähmen zu, sondern auch die Befürworter einer „anti-westlichen, pro-russischen" Außen- und Sicherheitspolitik würden zahlreicher. Motor dieser Entwicklung ist eine Strömung, die sich der „Flügel" nennt und 2015 von dem ehemaligen AfD-Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, und dem Thüringer Parteivorsitzenden Björn Höcke als informelles Bündnis von Rechtsnationalen in der AfD gegründet wurde. Noch im Januar 2018 bezeichnete Poggenburg dieses Bündnis als die wichtigste Strömung innerhalb der AfD:[27]

[23] Zum Begriff sanft-totalitäre Fürsorge vgl. Dimitrios Kisoudis, Was nun? Vom Sozialstaat zum Ordnungsstaat, Lüdinghausen 2017.

[24] Rüdiger Altmann, Späte Nachricht vom Staat, in: Merkur 22 (1968), S. 5–11, hier S. 5 f.

[25] Vgl. Karin Priester, Rechtspopulismus. Ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: Florian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 533–560, hier vor allem S. 538–540 und S. 550–553.

[26] Vgl. Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a. M. 2007, S. 182–194.

[27] Ende November 2018 erklärte Steffen Königer, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und Mitglied der AfD-Faktion im Brandenburger Landtag, zu seinem Austritt aus der AfD: „Die

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Die AfD greift dabei das gesamte Altparteienkartell an und will eine grundlegende politische Reform und Wende erzwingen. Der Weg muss dabei, entgegen dem Linksruck der letzten Jahre und Jahrzehnte, wieder hin zu einer stabilen Mitte und einem gesunden Nationalbewusstsein führen. [...] Der national-konservative Flügel der AfD kann sicher als die gewichtigste Strömung innerhalb der Partei angesehen werden und stellt immer wieder das Ziel und den Anspruch der AfD zur rechten Volkspartei heraus."[28]

Unabhängig davon, ob persönliche Animositäten oder programmatische Differenzen den Ausschlag gegeben haben, verließ Poggenburg aber im August 2018 den „Flügel" oder wurde hinausgedrängt. Im Januar 2019 trat er auch aus der AfD aus und gründete eine spezifisch mitteldeutsche Partei, den Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland. Er begründete dies mit einem „spürbaren Linksruck" der AfD.[29] Derzeit lässt sich nicht abschätzen, ob dies eine Totgeburt ist oder ob sich die Partei als zumindest regional ernst zu nehmende Konkurrenz zur AfD etablieren wird.

Der „Flügel" positioniert sich gegen die in der AfD verbliebenen Wirtschaftsliberalen um die derzeitige Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, trat aber auch gegen den realpolitischen Kurs der ehemaligen Co-Parteivorsitzenden Frauke Petry an. Petry hatte auf eine rasche Koalitionsfähigkeit der AfD und damit auf eine Teilhabe an der Macht gedrängt, bevor sie die Partei verließ. Dagegen fordert Höcke, die AfD müsse eine „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei" bleiben, und wendet sich gegen „die Halben" (die Anpassungswilligen und Karrieristen) in den eigenen Reihen, denen es an Intransigenz fehle.[30]

Die AfD ist als wirtschaftsliberale, eurokritische Partei angetreten, muss aber, um sozial benachteiligte Wähler an sich zu binden, ihr soziales Profil schärfen. Die soziale Frage steht im Raum und wird unterschiedlich beantwortet. Der Bundestagsabgeordnete Uwe Witt aus Unna versteht die von ihm 2015 gegründete Alternative Vereinigung der Arbeitsnehmer als linken Flügel der AfD und hat darauf gedrängt, den Mindestlohn, die Bekämpfung von Leiharbeit und die Verlängerung des Arbeitslosengelds I für langjährig Beschäftigte in das Parteiprogramm aufzunehmen. Dagegen schlägt der Höcke nahestehende thüringische Parlamentarier Jürgen Pohl mit seiner Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (Alarm!) anti-kapitalistische Töne von rechts an:

Bürgerlichen haben den Kampf gegen die destruktiven Kräfte endgültig verloren"; FAZ vom 30.11.2018: „Sektenartige Netzwerke und ein wachsender Personenkult".

[28] Deutschland-Kurier vom 24.1.2018: „Die Bedeutung der AfD als national-konservative Kraft"; www.deutschland-kurier.org/die-bedeutung-der-afd-als-national-konservative-kraft/ [20.11.2018].

[29] Die Welt vom 12.1.2019: „Poggenburg und seine neue ultrarechte Partei".

[30] Transkript der Rede Höckes im „Tagesspiegel" vom 19.1.2017; www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-weizsäckers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html [29.11.2018].

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Die Altparteien haben die Interessen der Arbeitnehmer verraten. Sie versprachen ihnen mehr soziale Gerechtigkeit und schufen eine Gesellschaft, in der die Mittelschicht schrumpft, die Armut zunimmt und die Reichen immer reicher werden. In all den Jahren, in denen Sozialdemokraten, Christdemokraten, Grüne und Liberale nun regieren, geht die soziale Schere immer weiter auseinander, der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt. [...] Die Gewerkschaftsbonzen sind längst korrumpiert. [...] Die Gewerkschaften vertreten nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern die des Kapitals."[31]

VI. Ideologische Einflüsse

Der „Flügel" pflegt enge Beziehungen zum Institut für Staatspolitik im sachsen-anhaltinischen Schnellroda, das 2000 von dem Verleger und Publizisten Götz Kubitschek und dem Historiker Karlheinz Weißmann gegründet wurde. Kubitschek steht in der Tradition der Jungkonservativen, einer Strömung innerhalb der Weimarer „Konservativen Revolution" und vertritt einen „Volkskonservatismus", der bei Höcke als „solidarischer Patriotismus" erscheint.[32] In einer Diskussion mit dem Verleger André F. Lichtschlag hatte Kubitschek schon 2003 dessen libertäre Programmatik und den Laissez-faire-Kapitalismus abgelehnt: „Das Volk besteht aber nicht nur aus [solchen] parkettfähigen *Self-made*-Menschen, sondern aus einem riesigen Rest, der – und das ist noch längst kein Sozialismus – nicht allein gelassen werden darf."[33] Solidarischer Patriotismus oder Volkskonservatismus gelten indessen nur für autochthone Deutsche.

Fremdenfeindlichkeit ist aber nur ein Aspekt eines viel umfangreicheren kulturellen und materiellen Verlangens nach Rückkehr zu einem Goldenen Zeitalter, in dem es ethnisch homogener und sozial egalitärer zugegangen sei. Auch hier tritt der Populismus als Chamäleon auf: Der Zustrom muslimischer Flüchtlinge oder Asylbewerber wird als kulturelle Überfremdung wahrgenommen, zugleich aber als soziale Bedrohung der „kleinen Leute" auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt und generell im Verteilungskampf um staatliche Ressourcen.

Rechtspopulistische Parteien hybridisieren in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen zwischen rechter, konservativer Wertorientierung und linker Sozialpolitik. In keiner anderen europäischen rechtspopulistischen Partei wird aber der „Kulturbruch"[34] der „1968er" als so traumatisierend erlebt und geradezu obsessiv in Stellung gebracht wie bei der AfD. Neben offen artikuliertem Rassismus und der Sehnsucht nach dem starken Staat steht eine Kritik an den vom Neoliberalismus ausgelösten sozialen Verwerfungen. Im Januar 2017 erinnerte Höcke in Dres-

[31] Jürgen Pohl auf seiner eigenen Website; www.pohlposition-afd.de/alarm/ [20.11.2018].

[32] So Höcke auf dem AfD-Bundesparteitag in Augsburg 2018; zit. nach Zeit Online vom 30.6.2018: „Bloß nicht zu viel Sozialismus"; www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/afd-bundesparteitag-augsburg-joerg-meuthen-bjoern-hoecke-rente-diesel [5.4.2019].

[33] Sezession vom 3.10.2003: „Verfügungsräume. Antwort auf Lichtschlags Angebot" (Götz Kubitschek); Hervorhebung der Autorin. Vgl. auch Armin Pfahl-Traughber, Zeitschriftenporträt: Sezession, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 29 (2017), S. 216–230, hier S. 217.

[34] Vgl. Weißmann, Kulturbruch.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den an die „Ruckrede“ des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog von 1997. Dessen Aufruf sei nur erfolgt, „um die Gemeinschaft von uns Deutschen der vollständigen Ökonomisierung auszuliefern. Seine Rede war nichts anderes als eine deutliche Begleitmusik zur Entfesselung der Finanzmärkte, zur Auflösung der Solidargemeinschaft, sprich zum neoliberalen Pluralismus.“[35]

Zu den Quellen, aus denen sich die AfD derzeit speist, gehören auch christlich-fundamentalistische Kräfte um Beatrix von Storch mit ihren weit verzweigten Netzwerken. Storch richtet sich nicht nur gegen *Gender-Mainstreaming*, „Frühsexualisierung“, Abtreibung und die Erosion der bürgerlichen Familie, sondern auch gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik des französischen *Rassemblement National*, mit dem sie schon aus diesem Grund keine Gemeinsamkeiten sieht. Überdies bestehen trotz eines Unvereinbarkeitsbeschlusses enge Kontakte zwischen Mitgliedern der AfD-Jugendorganisation und den Identitären. Die ursprünglich aus Frankreich stammende Identitäre Bewegung beruft sich auf den Ethnopluralismus[36] und tritt aktionistisch mit sogenannten Flashmobs auf. Über die sozialen Medien erreichen ihre spontaneistischen Auftritte eine virtuelle Verbreitung, die in keinem Verhältnis zu ihrer realen Größe steht, die aber auf junge, nach Aktion dürstende Menschen attraktiv wirkt.

Intellektuelle Unterstützung erhält der „Flügel“ von dem als „Parteiphilosoph“ der AfD apostrophierten Marc Jongen, der für einen „Avantgarde-Konservatismus“ eintritt. Jongens These von der „thymotischen Unterversorgung“ der Deutschen, ihrem Mangel an Empörungsfähigkeit, Zorn, Wut und Männlichkeit trägt Höcke als Echo unter seine Zuhörer. Nachdem Götz Kubitschek die soziale Frage neben der Flüchtlingspolitik und der EU zur dritten Säule der AfD-Politik erklärt und gefordert hatte, der Linken ihr „Kronjuwel“, die soziale Frage, abzujagen, rief auch Höcke als Lautsprecher seines intellektuellen Stichwortgebers dazu auf, der Linken das „Kronjuwel“ zu entreißen.[37]

Jongen, Kubitschek und die Satelliten des Instituts für Staatspolitik wie die Chemnitzer Zeitschrift *Blaue Narzisse* gehören zur Neuen Rechten. Seit den 1960er Jahren gab es verschiedene, zunächst nationalrevolutionäre Versuche, aus dem Dunstkreis der NPD herauszutreten, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren und ein neues Konzept von Nation und Nationalismus zu entwickeln. Als der Zeitgeist sich ab den 1980er Jahren zunehmend nach rechts bewegte, traten die Nationalrevolutionären in den Hintergrund zugunsten der Jungkonservativen mit ihrem geistigen Ahnherrn Arthur Moeller van den Bruck. Es ist vor allem diese Strömung, die in Deutschland seit den 1980er Jahren die rechtsintellektuelle Szene prägt. In realistischer Einschätzung ihrer Marginalität ging es ihr zunächst

[35] Transkript der Rede Höckes im „Tagesspiegel“ vom 19.1.2017.

[36] Ausführlicher zum Konzept des Ethnopluralismus vgl. Karin Priester, Rassismus. Eine Sozialgeschichte, Leipzig 2003, S. 247–269.

[37] Tagesspiegel vom 8.9.2018: „Götz Kubitschek. Der Stratege der Neuen Rechten“; www.tagesspiegel.de/themen/agenda/verleger-provokation-als-methode/22963170-3.html [26.11.2018], und Sezession vom 17.6.2018: „Markenimitate, Kronjuwelen – Seehofer, Wagenknecht“.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nur um geistigen Einfluss und eine „Kulturrevolution von rechts“.[38] Erst mit Gründung von Pegida und AfD sehen sie die Chance, auch politisch Einfluss zu nehmen, entweder innerhalb der AfD wie Jongen oder außerhalb wie Kubitschek als Redner auf Pegida-Veranstaltungen.

VII. Fazit

Im europäischen Vergleich ist die AfD zwar ein Spätzünder, aber die Vehemenz, mit der Vertreter des „Flügels“ zu einer „Fundamentalopposition“ aufrufen, deutet auf eine Wiederkehr des Verdrängten hin. In der Bundesrepublik war nach 1945 wenig Raum für Konservatismus. Er war als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus diskreditiert und trat im öffentlichen Diskurs entweder als Anwalt technokratischer Steuerung oder als liberal-konservativ in der Tradition Edmund Burkes in Erscheinung.[39] Konservative Revolutionäre waren vollends marginalisiert und machten nur auf metapolitischer Ebene von sich reden. Diese genuin deutsche, aus dem Zusammenbruch der monarchischen Ordnung, den Verwerfungen und Notlagen nach dem Ersten Weltkrieg und der Ablehnung der Weimarer Republik erklärbare Richtung drängt nun wieder mit Macht in den öffentlichen Diskurs: Konservative müssten als Avantgarde auftreten, aus der Defensive kommen und eine Utopie entwerfen.[40] Es gelte, den christlichen „Demutskonservatismus“[41] der alten Bundesrepublik zu überwinden und Konservatismus als gegenwartsadäquate Avantgarde neu zu denken. Die AfD gilt als geeignetes Vehikel, weil es ihr – bisher jedenfalls – gelungen ist, Anti-Establishment-Protest und sozialen Unmut zu mobilisieren. Die AfD scheint die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und setzt verstärkt auf die soziale Frage.[42] Nach ihrem Vorbild, der ungarischen *Fidesz*, strebt sie an, als nationalkonservative Volkspartei zu einer festen Größe im deutschen Parteiensystem zu werden: demokratisch legitimiert, aber illiberal in den Zielen.

[38] Vgl. Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, deutsche Neuausgabe, Dresden 2017. Vgl. auch Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hrsg.), Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016.

[39] Vgl. Karin Priester, „Erkenne die Lage!“ Über die rechtspopulistische Versuchung des bundesdeutschen Konservatismus, in: INDES 4 (2015), S. 84–92.

[40] Vgl. Cicero Online vom 1.7.2017: „Der ewige Verlierer“; www.cicero.de/innenpolitik/das-dilemma-des-konservatismus-der-ewige-verlierer [24.11.2018].

[41] Armin Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 167.

[42] Es bleibt abzuwarten, wie sie diese Frage beantworten wird. Denkbar ist der Weg der FPÖ, die sich als „soziale Heimatpartei“ empfiehlt, faktisch aber eine neoliberale Politik des Sozialabbaus betreibt und sozialen Unmut nach außen ablenkt.

Jahrgang 67 (2019), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de